

Gegen-Globalisierung. Chancen weltweiter Kampagnen

Vortrag von Kurt Greussing, Regionaldirektor von Oxfam für das südliche Afrika gehalten am 20. Oktober 2002 am Spielboden in Dornbirn.

zusammengefasst von Michael Schelling

Es geht nicht - wie in einer Einladung über die Medien irrtümlich angekündigt - um „Gegenglobalisierung“, sondern um „Gegen-Globalisierung“:

- Neugestaltung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.
- Engagement gegen die neoliberale Globalisierung in einem Bündnis mit möglichst vielen gesellschaftlichen Kräften.

In der Frage der Agrarpolitik befänden sich die Menschen aus dem Norden und aus dem Süden eigentlich in einer Win-Win-Situation: ökonomische Entwicklung, gesündere Lebensmittel und Rückgang der Steuerbelastung der BürgerInnen im Dienst einer perversen Agrarpolitik der OECD-Staaten. Eine Reform würde nördlichen KonsumentInnen und südlichen ProduzentInnen nützen.

Oxfam Großbritannien

1942 gegründet anlässlich der Hungerblockade der Alliierten gegen das von der NS-Wehrmacht besetzte Griechenland. Heute hat die Organisation

- 600.000 Mitglieder, die 100 ATS und mehr monatlich bezahlen
- 800 Shops mit 20.000 Freiwilligen (Netto-Erlös: 300 Mio ATS p.a.)
- 3.000 Kampagne-Aktivisten
- 14 Partner-Organisationen weltweit (USA, Canada, Hong Kong, Deutschland usw.)

Erfahrungen von Oxfam:

Entwicklungshilfe - ist zwar konkrete Hilfe für Opfer von Katastrophen, ist aber nicht gleichbedeutend mit Entwicklung. Deshalb betreibt Oxfam heute neben Projekthilfe und Nothilfe v.a. Lobbying und Kampagnen für eine Änderung der Bedingungen der Weltwirtschaft.

Armut in Afrika

Afrika südl. der Sahara

Einwohner: 659 Mio

BIP: 323 Mrd \$ (davon erbringt allein Südafrika mit 43 Mio Ew. ein BIP von 126 Mrd \$)

dramatischer Rückgang in allen Kennzahlen des HDI (Human Development Index):

- Sterblichkeit unter 5 Jahren: 140 pro 1000
- Lebenserwartung: seit 1990 von 50 auf 47 Jahre gesunken (dies ohne die Einbeziehung der AIDS-Katastrophe)
- mehr Malaria- als Aids-Tote
- Verschlechterung der Nahrungsversorgung

Zum Beispiel: Zambia

Einwohner (2000): 10,1 Mio

	1980	1990	2000
BIP (Mrd.\$)	3.8	3.7	2.9

Wachstum pro Kopf und Jahr:

1980-1990: -2.0%

1990-2000: -2,1%

Nach den Gesetzen der Zinseszinsrechnung bedeutet dies einen Rückgang der gesamten Wirtschaftsleistung um ca. 50%!

Verarmung und Entkapitalisierung - Wirtschaftsstruktur in % des BIP

	1980	1990	2000
Landwirtschaft	15,3	20,6	27,3
Gewerbe und Industrie	42,8	51,3	24,1
Dienstleistungen	41,9	28,1	48,6

Résumé:

Bei insgesamt schrumpfender Wirtschaftsleistung eine massive Ausweitung von informellen Jobs (VerkäuferInnen von Billigprodukten, Schuhputzer ...) und praktisch Zerstörung von Industrie und Gewerbe.

Dasselbe gilt für andere afrikanische Staaten wie Malawi, Zimbabwe, Mosambik: Dort droht derzeit eine Hungerkatastrophe, von der 14 Millionen Menschen bedroht sind, obwohl keine klimatisch auffälligen Bedingungen (wie z.B. eine Dürre) herrschen.

Diese Hungerkatastrophe ist eine Armutkatastrophe. Die Menschen sind abhängig von der Landwirtschaft, die aber massiv unterkapitalisiert ist und dem Druck der weltweiten Agroindustrie nicht standhalten kann. Die Liberalisierungspolitik des Nordens, die Bedingungen, die der IWF diesen Staaten für die Gewährung von Krediten stellt (Conditionality, Verbot von Subventionen und des Schutzes der jeweils inländischen Wirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz), führen zum Ruin der Volkswirtschaften in den Ländern des südlichen Afrika (und nicht nur dort; vgl. Argentinien). Primär betroffen: die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln.

Gegenbeispiel:

Südostasiatische Tigerstaaten und ihre Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg:

- massive Investitionen in Basisdienste (Bildung, Gesundheit) statt blindwütigem Sparen
- local sourcing: Die Verpflichtung, bei der Produktion nicht nur auf inländische Arbeitskräfte, sondern auch auf inländische Produzenten zurückzugreifen: (Beispiel: Schuhproduktion > Bezug von Leder / Grundmaterialien bei lokalen Anbietern!)
- Anm. M.S.: Kontrolle der Devisentransaktionen, keine offenen Finanzmärkte.

Diese Verpflichtungen können von den Staaten heute nicht mehr eingegangen werden, da sie zu den sogenannten „nichttarifarischen“ Handelshemmnissen zählen, die bei der Liberalisierung der Weltwirtschaft im Rahmen der WTO verboten sind. Hong Kong (noch in den 50-er-Jahren eine bitter arme Stadt): heute: 6,8 Mio. Einwohner produzieren ein BIP von 163 Mrd. \$, d.h. 1 % der Einwohner des südlichen Afrika produzieren die Hälfte des BIP.

Die glückliche EU-Kuh

- Subvention: 2,2 \$ pro Tag
- mehr als der Tagesverdienst der Hälfte der Weltbevölkerung
- Agrarsubventionen der 29 reichsten Staaten: 350 Mrd \$ pro Jahr = 1 Mrd. \$ pro Tag (= 5 x gesamte Entwicklungshilfe)
- EU: 40 Mrd \$ direkte Subventionen der Landwirtschaft (plus 80 Mrd \$ über erhöhte Preise über Weltmarktniveau)

Preise der landwirtschaftlichen Produkte in der EU:

100 bis 200% über Weltmarktniveau

Exportstützung über Subventionen

- Weizen: 34 % unter Produktionskosten
- entrahmtes Milchpulver: 50 %
- raffinierter Zucker: 75 %

Dumping der Produzentenpreise in den Entwicklungsländern: Ruin der lokalen

Bauern und der Nahrungsmittelversorgung für die gesamte Bevölkerung.

Unterminierung von Wertschöpfungsketten in den armen Ländern.

Ruin von Weltmarktpreisen insgesamt

CAP: (EU - Common Agricultural Policy)

70 % der CAP-Subventionen gehen an 20 % der landw. Betriebe

40 % der landw. Betriebe (Kleinbauern) erhalten nur 8 % der Subventionen

- also ist in der CAP Bauer nicht gleich Bauer. Danone, Parmalat und Raiffeisen sind die treibenden Kräfte und nicht die Bregenzerwälder Käsebauern.

EU- und US-Agrarpolitik: Unterentwicklungshilfe

Beschränkter Marktzugang für Produzenten des Südens (durch Zölle und Quoten)

Verstopfung anderer Exportmärkte (durch Dumping)

Blockade wertschöpfender Weiterverarbeitung (durch Hochzollpolitik)

Preisdrücker auf dem Weltmarkt (durch subventioniertes Dumping und blockierten Zugang zu eigenen Märkten)

Bitterer EU-Zucker

EU: 1,6 Mrd \$ Subventionen pro Jahr an Zuckerproduzenten.

EU wurde zweitgrößter Zucker-Exporteur der Welt.

Jahresproduktion: 20 Mio to, davon 5 Mio to Export-Dumping.

Produktionskosten pro Tonne: Südafrika 250-300 \$, EU über 600 \$

Der Zuckermarkt in afrikanischen Ländern ist für die südafrikanischen Produzenten

durch den EU-Zucker verstopft. Dasselbe gilt z.B. für die nigerianischen

Reisbäuerinnen, die Mike Chukwuma von Vorarlberg aus unterstützen will: Sie

können ihren Reis wegen der Konkurrenz ausländischen Reises in ihrer eigenen Region nicht verkaufen.

Reform der EU-Agrarpolitik (Fischler-Initiative von 2002):

Ansatz einer Entkoppelung von Subvention und Produktion (Imperativ: Finanzierung der Erweiterung der EU und nicht etwa gerechtere Bedingungen für die südlichen Länder) ginge in die richtige Richtung.

Gegner: Frankreich, Spanien, Luxemburg, wallonisches Belgien und Österreich = Skandal

Britisch-französische Rivalität

US-Baumwolle

25.000 Baumwoll-Farmer erhalten 4 Mrd \$ Subventionen pro Jahr (doppelt soviel wie 1992)

Dies entspricht dem dreifachen USAID-Budget für Afrika (südl. der Sahara) und ist mehr als das gesamte BIP von Burkina Faso - wo über 2 Mio Menschen von der Baumwollproduktion leben.

Was not tut:

Änderung der globalen Handelsordnung (WTO - Welthandelsorganisation, Sitz Genf):

„Gleiche Bedingungen auf dem Spielfeld“ durch

- ÿ Subventionsabbau im Norden (Entkoppelung von Subvention und Produktion)
- ÿ Marktzugang für arme Länder (Abbau von Zöllen, v.a. für verarbeitete Produkte)
- ÿ Schutz lokaler Produzenten in armen Ländern
- ÿ Patentrechte (vor allem Medikamente): freie Nutzung durch arme Länder
- ÿ Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Stärkung der Zivilgesellschaft
- UND der staatlichen Service-Strukturen (Bildung, Gesundheit) im Süden

Kampagnen und Lobbying - in einer Nord-Süd-Koalition

Was eine Kampagne braucht:

- ÿ ein PROBLEM (das die Menschen interessiert, weil es sie betrifft)
- ÿ einen AUFHÄNGER (mediale Verpackung)
- ÿ einen „SCHURKEN“ (naming and shaming)
- ÿ eine LÖSUNG

Beispiele: Make Trade Fair - Kampagne in Bangladesh, Indien, London, Barcelona ...

Kampagnen & Advocacy

- ÿ gezieltes Lobbying (Funktionäre, Politiker)
- ÿ Medien-Arbeit
- ÿ öffentliche Aktionen und Einbeziehung vieler Menschen (gezielte Regelüberschreitungen)

zur Mobilisierung öffentlicher Meinung für gezielte Veränderungen
denn:

Ernst Fischer: „Tatsachen sind zu Sachen abgestorbene Taten.“

CAFOD - Katholische Agentur für Entwicklung in Übersee (Katholische Kirche von England und Wales):

“CAP is a crime against humanity“

Zusätzlich genannte Aspekte in der Diskussion:

- ÿ die Ideologie vom „Bauern auf seiner Scholle“ erschüttern, weil die CAP v.a. der Agroindustrie dient;
- ÿ EU-Konvent - Bindung der Politik an ein System von Checks and Balances im Rahmen eines parlamentarischen Systems;
- ÿ Konsumentenschutzpolitik: z.B. durch doppelte Preisauszeichnung: Nettopreis + dazugezahlte Subventionen (= Steuern);

- ÿ widersprüchliche Rolle des Staates in einer Logik: GATS (= Abbau des Staates) und Agrarpolitik (Staat im Dienst mächtiger Lobbies);
- ÿ Migration, Entwicklung und Welthandel;
- ÿ kein politisches Hijacking von Kampagnen durch politische Parteien, die eine „Transportaufgabe“ übernehmen, indem sie Themen in die Parlamente tragen.